



EDITORIAL

François Houtart ist einer der wichtigsten Aktivistinnen und Vordenker einer gerechten Weltordnung. Ob mit „Via Campesina“, mit dem „World Forum for Alternatives“, mit dem „Centre Tricontinentale“, ob als Berater des UNO-Präsidenten für die UNO-Konferenz über die Weltkrise im Juni 2009 - immer ist er mit seinen klaren Analysen und zugleich mit praktischen Vorschlägen für die Lösung von lokalen und globalen Menschheitsproblemen da-

bei. Zusammen mit ihm und dem Transnational Institute Amsterdam organisieren wir im Herbst 2009 eine große transnationale Konferenz „Beyond the Crisis“, die die wesentlichen Eckpunkte für alternative Wege aus der Weltkrise formulieren soll. Im März hat François Houtart in einem Grundsatzreferat seine Überlegungen im Büro Brüssel der RLS vorgestellt.

Birgit Daiber

FRANÇOIS HOUTART

DIE MEHRDIMENSIONALITÄT DER WELTKRISE UND MÖGLICHE ALTERNATIVEN

Wir sehen uns heute mit einer mehrfachen Krise konfrontiert, deren Ursprünge und Auswirkungen ich gerne analysieren möchte. Darüber hinaus möchte ich aber den Blick auf eine Utopie lenken, auf die Frage: Wie könnten wir uns in der Lösung dieser Krise über die Parameter des Kapitalismus hinaus bewegen?

DIE DIMENSIONEN DER KRISE

Es handelt sich hier nicht nur um eine Finanzkrise, auch wenn dieser Aspekt aus naheliegenden Gründen die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Vielmehr sprechen wir auch von einer Wirtschaftskrise, die zu einer Weltwirtschaftsdepression mit allen dazu gehörenden sozialen

Folgen führen könnte. Darüber hinaus erleben wir eine Lebensmittelkrise, eine Energiekrise und eine Klimakrise. Letztlich legt eine Analyse der allgemeinen Situation nahe, dass wir tatsächlich eine Krise der Zivilisation vor uns haben.

Daher besteht die eigentliche große Herausforderung darin, wie neue Parameter für das gemeinsame Leben der Menschheit entworfen werden können. Finanzkrisen sind natürlich ein wiederkehrendes Phänomen in der Geschichte des Kapitalismus, die aktuelle hat jedoch ihre Besonderheiten. Wie frühere Krisen ist auch diese mit Überproduktion und Minderangebot verbunden. Im Produktivbereich ist dies laut

ROSALUX-EUROPA # 2 // APRIL 2009

der liberalen Theorie ein gesundes Phänomen, da die Krise angeblich die schlechten Elemente des Wirtschaftssystems entfernt und die Bedingungen für einen Neuanfang schafft. Sicherlich dient es der Kostensenkung, insbesondere bezüglich der Preise für Waren und Arbeitskraft. Heute hat das Wirtschaftssystem dank der Globalisierung auch ein besseres Instrumentarium verfügbar, um einer Finanzkrise Herr zu werden, als es zur Zeit des Absturzes 1929/30 der Fall war, wobei sowohl eine neue materielle Basis in Form moderner Technologie als auch Instrumente zur Verwaltung des Systems an sich zu nennen wären. Beispielsweise war in den 1930er Jahren die Quasi-Verstaatlichung von Banken noch überhaupt kein Thema.

Das ungewöhnliche an der gegenwärtigen Krise ist jedoch die Tatsache, dass es sich um eine Kombination aus verschiedenen Krisen handelt, die alle folgerichtig aus der Logik des Kapitalismus herrühren; genau das verlangt nach einer näheren Betrachtung. Es ist unmöglich, Lösungen zu erwägen, ohne eine Vision und eine Analyse des Ganzen zu haben, sprich: ohne einen ganzheitlichen Ansatz. Eine einfache Neuregelung des Wirtschaftssystems wäre nicht besonders interessant, wenn sie einfach hieße, wieder von vorne zu beginnen, also wieder dort anzufangen, wo man vor der Krise schon war. Was wäre der eigentliche Nutzen, ein Finanzsystem zu entwickeln und zu regulieren, um ein produktives System zu finanzieren, das sich auf die ökologischen und sozialen Gegebenheiten derart zerstörerisch auswirkt, wie es beim zurzeit vorhandenen System der Fall ist? Wir sehen uns heute mit vier Hauptkrisen konfrontiert: Zwei davon, die Finanz- und die Lebensmittelkrise, sind einerseits konjunkturbedingt, potentiell aber auch strukturell, die anderen beiden, die Energie- und die ökologische Krise sind vollständig struktureller Natur.

DIE LEBENSMITTELKRISE

Sehen wir uns erst einmal die Lebensmittelkrise an. Der konjunkturelle Aspekt des Problems wurde 2007/2008 mit dem explosiven Anstieg der Preise für Lebensmittel an der Chicagoer Produktenbörse deutlich. Das Konjunkturelle

darin war, dass sich das Finanzkapital von Mineralien hin zu Lebensmitteln bewegte, um spekulativ Kapitalgewinne zu erzielen. Der strukturelle Aspekt bestand in der Tatsache, dass die bäuerliche Landwirtschaft seit mehr als vierzig Jahren eine Umwandlung zur kapitalistischen Produktionsweise erlebt, d.h. zur Monokulturlandwirtschaft. Diese so genannte „grüne Revolution“ hat sich aber erstens als äußerst umweltzerstörerisch gezeigt und hat zweitens Millionen von Bauern vom Land vertrieben. Diese Lebensmittelkrise hat immense soziale Folgen gehabt. Laut der Welternährungsorganisation der UNO (FAO) wurden 2007 und 2008 jeweils mehr als 50 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze gedrückt – was selbstverständlich Hunger bedeutete. Dies entspricht den beiden Hauptaspekten der Logik des Kapitalismus: Erstens der Suche nach neuen Dimensionen für die Akkumulation, wobei man hier die Landwirtschaft als Bereich für eine kapitalistische Investition entdeckt hat; und zweitens der Ausgrenzung externer Kosten, also die Verwüstung der Natur und die soziale Zerstörung, aus der ökonomischen Kostenberechnung, wobei diese der kapitalistischen Verantwortlichkeit entzogen werden. Das Problem ist, dass die Lebensmittelkrise genau aus dieser Logik herrührt: Sie ist das Ergebnis des Widerspruchs zwischen der Tatsache, dass jeder Mensch Nahrung braucht und der Logik der kapitalistischen Akkumulation.

DIE ENERGIEKRISE

Selbstverständlich hat auch die Energiekrise ihre konjunkturelle Dimension, nämlich den enormen Preisanstieg für Öl und Gas über einen kurzen Zeitraum, dennoch ist sie grundsätzlich struktureller Natur. Die Menschheit wird in den nächsten fünfzig Jahren ihren Energiezyklus grundsätzlich umbauen müssen, wobei man sich weg von den fossilen Brennstoffen und hin zu einem neuen Zyklus der Energieproduktion wird bewegen müssen. Wir haben nur für die nächsten 40 Jahre genug Öl, beim Gas sind es etwa 60, bei der Kohle etwa 200 Jahre. Wollten wir die Energie der ganzen Welt durch Atomkraft bereitstellen, so würden die Uranvorräte ganze 18 Monate reichen.

Selbst wenn dieser Zeitrahmen durch neue Entdeckungen oder bessere Ausbeutungs-techniken etwas erweitert werden könnte, so stehen wir dennoch kurz vor den endgültigen Grenzen. Seit seinen Anfängen hat das Wachstum des Kapitalismus vom übermäßigen Verbrauch von Energie gelebt. Dieser Zustand hat sich in der neoliberalen Zeit durch die Erweiterung des globalen Handels mit Waren und Dienstleistungen potenziert. Dank der globalen Arbeitsteilung werden 62 Prozent aller Industrieerzeugnisse über die Ozeane transportiert, was einen enormen Verbrauch an Energie bedeutet. Die individualisierten Wohn- und Verkehrsverhältnisse, die derselben ökonomischen Logik folgen, sind ebenfalls höchst energieintensiv.

So stellt uns das Problem einer Veränderung der Energiequellen vor enorme Herausforderungen, an erster Stelle die Notwendigkeit einer erheblichen Verringerung der Nachfrage. Wir müssen unseren Energieverbrauch vermindern: Das ist langfristig gesehen die einzige Lösung. Zumindest kurz- oder mittelfristig wird es unmöglich sein, soviel Energie zu produzieren, wie wir heute konsumieren. Zweitens werden größere Investitionen nötig sein, um neue Technologien im Bereich der Energien zu entwickeln, was zwingend im Widerspruch zu den enormen öffentlichen Kosten steht, die gebraucht werden, um die Finanzkrise zu überwinden.

Zu den Lösungen, die das kapitalistische System entwickelt hat, um der Notwendigkeit für einen veränderten Energiezyklus gerecht zu werden, gehört die Entwicklung der Agrarindustrie, d.h. die Produktion von Biotreibstoffen. Um aber einen wesentlichen Beitrag zur Lösung zu erzielen, bedürfte es einer Umwidmung von Hunderten Millionen Hektar Land in Asien, Afrika und Lateinamerika, um Monokulturen für die Produktion solcher Treibstoffe zu schaffen, mit all den Folgen, die mit solchen Monokulturen einhergehen: Die Zerstörung der biologischen Vielfalt, die Verschmutzung des Bodens und des Wassers und – legt man eine Projektdauer von fünfundzwanzig Jahren zugrunde – die Vertreibung von schätzungsweise mindestens 60 Millionen Bauern von ihrem Land. Das Ergebnis wäre eine starke

Urbanisierung sowie erhöhter Migrationsdruck. So stellt dieser Vorschlag weder eine Lösung für die Klimakrise noch eine langfristige Lösung für das Energieproblem dar, dafür aber sehr wohl eine gute kurz- bzw. mittelfristige Lösung für die Krise der Profitrate und der Akkumulation des Kapitals. Wieder sehen wir die Auswüchse der gleichen Logik des spekulativen Charakters von Energie als Ware und der Ausgrenzung von externen Wirkungen aus den Kosten der Produktion und der Nutzung von Energie.

DIE KLIMAKRISE

Die Klimakrise ist viel schwerwiegender, als die Weltöffentlichkeit bereit ist einzugestehen. Seit Beginn der neoliberalen Ära beschleunigt sie sich zunehmend. Der Anstieg von CO₂-Emissionen und die Erderwärmung haben seit den 1970ern, seit der Zeit des Washingtoner Konsenses, neue Dimensionen angenommen. Alle Studien zeigen, dass trotz des Fortschritts bei der Verminderung von CO₂-Emissionen in der Atmosphäre die Zunahme von Treibhausgasen erheblich gewesen ist. Berichte, die für die Kopenhagener Konferenz erstellt wurden, erläutern dies auf dramatischer Weise. Schwellenländer wie China und Indien tragen, wenn auch noch in relativ bescheidenem Ausmaß, zu diesem Phänomen bei. Ein zweiter Aspekt ist die Zerstörung von Wäldern und Ozeanen, die CO₂ und andere Treibhausgase absorbieren. Es gibt immer noch etwa 400 Millionen Hektar Urwald in der Welt, doch werden jedes Jahr 15 Millionen davon gerodet. In wenigen Jahren werden also alle natürlichen Wälder der Welt zerstört sein. Aus mehreren Gründen, die mit der Erderwärmung zusammenhängen, vor allem durch die zunehmende Versäuerung, verlieren auch die Ozeane zunehmend und sehr rasch einen wichtigen Teil ihrer Kapazität, CO₂ zu absorbieren. Eine weitere Auswirkung der Klimakrise ist der steigende Meeresspiegel, wodurch tiefgelegene Länder und Küstenstädte gefährdet sind. Nach und nach verliert die Erde ihre Fähigkeit, die Biosphäre natürlich zu regenerieren. Man hat berechnet, dass diese Fähigkeit für das Jahr 2008 bereits am 23. September erschöpft war – global gesehen. Nimmt man aber ein Indust-

rieland wie Belgien, so fiel dieses Datum bereits in den März. Und jedes Jahr fallen diese Stichtage früher. Das Problem ist, dass wir nur einen Planeten haben.

Die Zerstörung der Natur hat auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Biosphäre. Einige Experten des Weltklimarates (IPCC) schätzen, dass, wenn die globale Erwärmung während dieses Jahrhunderts um mehr als 1°C ansteigt – im 20. Jahrhundert betrug die Zunahme weltweit 0,75°C –, dass dann zwischen 20 und 30 Prozent aller Arten auf der Erde verschwinden werden. Falls nichts getan wird, so sagen verschiedene Prognosen für dieses Jahrhundert eine Temperaturzunahme von 2, 3, 4 oder sogar 8°C voraus. Durch die Erderwärmung würden einige Regionen aufgrund von Dürre oder dem steigenden Meeresspiegel unbewohnbar. Schon bei einer Zunahme um mehr als 1° würde schätzungsweise mehr als 17 Prozent des Staatsgebiets von Bangladesch verschwinden – ein Land, in dem jetzt schon mehr als 150 Millionen Einwohner auf einem Gebiet wohnen, das nur viermal so groß ist wie Belgien (Bevölkerung: 10 Millionen). Schon heute baut Indien eine Mauer entlang der gemeinsamen Grenze, ähnlich wie die zwischen Mexiko und den USA, um die Migration zu verhindern. Laut einem Bericht, den Nicholas Stern von der Weltbank 2007 im Auftrag der britischen Regierung erstellt hat, können wir uns bis Mitte des Jahrhunderts, wenn nichts getan wird, auf 150 bis 200 Millionen Klimaflüchtlinge gefasst machen, d.h. auf Menschen, die nicht mehr dort leben können, wo sie jetzt leben. Das bedeutet laut internationaler Klimaexperten eine Entwicklung, die nicht mehr rückgängig zu machen wäre und der nur mit sehr kostenintensiven Maßnahmen vorgebeugt werden könnte, die aber auch dringend durchgeführt werden müssten. Hier sehen wir wieder die gleiche Logik: Die Natur als Ressource für das kapitalistische Wachstum zu betrachten, wobei man sich aber weigert, die externen Auswirkungen des produktiven Systems in die Bilanz zu integrieren.

DIE UTOPIE ENTWERFEN

Selbstverständlich hilft uns kein apokalyptischer Diskurs weiter, doch andererseits muss

man die Realitäten unbedingt ins Auge fassen. Was können wir in Anbetracht solcher Herausforderungen tun? Wie können wir eine neue Utopie gestalten? Dazu gibt es verschiedene Antworten:

DIE UNTERSCHIEDLICHEN ANTWORTEN

Die neoliberale Reaktion auf die Finanzkrise ist eindeutig: Die anderen Aspekte der globalen Krise sind unwichtig. Die Lösung heißt: Akteure, also die unfähigen bzw. korrupten Bankiers, auswechseln, danach ist das System wiederhergestellt und kann wie gehabt weiterlaufen.

Bei einer zweiten Reaktion ruft man nach einer Reregulierung des Systems, nach der langen Zeit der Deregulierung. Aus Sicht der G20 soll die Marktwirtschaft – also das kapitalistische System – gerettet werden, weil sie sich als äußerst wirksam bei der Bekämpfung der Armut erwiesen habe. Es stimmt zwar, dass viele Millionen Menschen aus der Armut befreit werden konnten und das auf sehr spektakuläre Weise. Verschwiegen wird allerdings, dass gleichzeitig Hunderte von Millionen Menschen in die Armut – in die bitterste Armut – hingestürzt wurden. Außerdem habe das System sehr positiv den Fortschritt vorangetrieben, wobei sich aber die Frage stellt: Was für ein Fortschritt und für wen? Als Ergebnis muss man feststellen, dass die vorgeschlagene Lösung der G20 nur einige sehr weiche Bestimmungen umfasst, die das langfristige Problem keineswegs lösen.

Ein weiterer Ansatz ist der der Kommission der Vereinten Nationen für die Reform des Finanz- und Währungssystems, die vom Präsidenten der UNO-Vollversammlung Miguel d'Escoto Brockman einberufen wurde und im deutschsprachigen Raum nach ihrem Vorsitzenden, dem Nobelpreisträger für Wirtschaft Joseph Stiglitz, als „Stiglitz-Kommission“ bekannt ist. Der frühere Weltbank-Vizepräsident hat eine sehr kritische Haltung zum gegenwärtigen System eingenommen und hat einen Bericht für die G-192 vorgelegt, d.h. für die Gesamtheit der UNO-Mitgliedsstaaten, die nach Ansicht d'Escotos die Instanz darstellt, die für eine Lösung der Krise zuständig ist. Den G20

andererseits fehle es, entgegen ihrem selbst-behaupteten Anspruch, Sprecher der Weltgemeinschaft zu sein, sowohl an rechtlicher wie auch an moralischer Legitimität.

Die Stiglitz-Kommission befürwortet starke Bestimmungen wie die Abschaffung von Steuer-oasen, des Bankgeheimnisses und der „abscheulichen“ Dritt-Welt-Schulden. Sie fordert eine Regulierungsinstanz für die Banken auf internationaler Ebene, eine Reform der Weltbank und des IWF, die Schaffung neuer internationaler Gremien, usw. Dies sind wirklich starke Maßnahmen, aber auch sie sind nur Verordnungen. Die Frage ist: Wozu wird reguliert? Um die Ausbeutung der Natur wie gehabt fortsetzen, um die Ungleichheiten in der Welt weiterhin aufrecht zu erhalten, um unentwegt die Autoindustrie, die Monokulturen und Biotreibstoffe zu finanzieren? Löst man so das Problem? Was wir eigentlich brauchen, ist nicht nur ein Regelwerk, sondern Alternativen, das heißt neue Parameter. Die Frage lautet also: Wie sollen diese neuen Parameter konzipiert werden? Sie müssen vier wichtige Kriterien erfüllen, die die Grundlage für das weitere Fortbestehen der Menschheit definieren.

VIER PARAMETER

Die erste Frage bezieht sich auf unsere Beziehung zur Natur. Wir haben nur einen Planeten. Die zweite ist, wie man das produzieren kann, was für das Leben, für das Leben aller Menschen auf der Welt, notwendig ist. Die dritte Frage ist die, wie man das kollektive Leben und die gesellschaftlich-politischen Institutionen organisieren kann. Die vierte ist, was für eine Weltanschauung wir uns erschaffen sollen, wie wir die Ethik konzipieren können, die notwendig ist, um eine gemeinsame Welt zu bauen. Das ist es, was Kultur bedeutet. Unsere Parameter in Bezug auf diese vier Hauptaspekte des menschlichen Gemeinwesens zu überdenken, ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

Erstens unsere Beziehung zur Natur: Hier besteht der Parameter darin, eine nachhaltige und verantwortungsvolle Art zu entwickeln, mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Und das bedeutet eine neue Philosophie der Beziehung zwischen Mensch und Erde, weg

vom Konzept der Ausnutzung der Natur als Ware, hin zur Achtung der Natur als Quelle des Lebens. In diesem Sinne ist die Natur das gemeinsame Erbe der gesamten Menschheit, das nicht zerstört werden darf. Diese notwendige Achtung drücken die einheimischen Völker Lateinamerikas gut aus, wenn sie von der „Mutter Erde“ sprechen. Ein solcher Parameter tritt in Widerspruch zur Logik des Kapitalismus, der die Natur als Ware im Dienst von privaten Interessen versteht.

Der zweite Parameter zielt darauf ab, die Priorität des Nutzwerts über den Tauschwert einzuführen. Der Kapitalismus ist auf den Tauschwert aufgebaut. Ein Gewinn ist nur zu erwirtschaften, Kapital nur anzuhäufen, indem Waren getauscht werden. Als Ergebnis wird alles ökonomisiert. Die Produktions-, Vertriebs- und Transportsysteme sind so aufgebaut, dass man damit den Tauschwert maximal steigern kann. Wir brauchen aber eine neue Definition der Wirtschaft, eine andere Philosophie ökonomischer Tätigkeit: Weg von der Produktion von Mehrwert für private Interessen, hin zu einer Tätigkeit, die die Basis für das Leben für alle Menschen auf der Welt erzeugt – körperlich, kulturell und geistig. Dieses Konzept steht jedoch im Widerspruch zur Grunddefinition des kapitalistischen Systems. Der Markt darf nicht mehr lediglich ein Forum zum Erzielen von Gewinnen für die Wenigen sein, sondern er muss zum Ort der Vermittlung von Angebot und Nachfrage werden. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen wird völlig anders sein, wenn der Nutzwert über den Tauschwert privilegiert wird.

Der dritte Parameter ist die Verallgemeinerung der Demokratie, nicht nur im politischen Bereich, durch partizipatorische Elemente, sondern auch in allen anderen gesellschaftlichen Beziehungen. Ein weniger demokratisches Wirtschaftssystem als das kapitalistische ist kaum vorstellbar. Die Logik der Demokratie muss in alle Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen und Bildungsinstitutionen, sowie in die Beziehung zwischen Mann und Frau, Eingang finden. Die Menschen werden dann zu einem viel größeren Ausmaß Akteure. Daher fordert Franz Hinkelammert, ein lateinamerikanischer Philosoph deutscher Herkunft, „die Rückkehr

des verdrängten Subjekts“. Das bedeutet eine neue Herangehensweise des Menschen an die Gesellschaft, aber auch eine neue Vorstellung des Staats.

Der letzte Parameter ist der Multikulturalismus, der bedeutet, dass alles Wissen, einschließlich des traditionellen Wissens zum Beispiel in der Medizin, eine wichtigere Rolle spielen muss. Mit der seit dem 15. Jahrhundert aufgebauten westlichen Weltanschauung haben wir alle anderen Wissens- und Philosophiesysteme an den Rand gedrängt: Fortschritt ist gleich Verwestlichung. Heute stellt sich uns die Herausforderung, einen Weg zu finden, die Beteiligung am Bau der Zukunft für alle Wissenssysteme und Philosophien, für alle Religionen und ethischen Instanzen sicherzustellen. Wir brauchen diesen Weg, um nicht nur eine Vision – d.h. das Ablesen der Wirklichkeit – sondern auch die Ethik eines neuen politischen und wirtschaftlichen Konstrukts aufzubauen. Es gibt tatsächlich eine Möglichkeit für die Beteiligung aller Kulturen an der Erarbeitung von neuen Parametern, die eine nachhaltige und verantwortungsvolle Beziehung zur Natur, einer Priorität von Nutzwert und verallgemeinerter Demokratie enthalten.

Sind diese Prinzipien Utopien? Ja, es sind Utopien – aber notwendige, da sie verwirklicht werden können. Sie sind keine Utopien im Sinne von Illusionen, bloß weil sie heute noch nicht existieren. Denn sie könnten morgen existieren.

Schauen wir uns zum Beispiel einmal an, was eine neue Beziehung zur Natur konkret und politisch bedeuten könnte. Sie impliziert die Wiedereinsetzung der öffentlichen Souveränität über natürliche Ressourcen. Genau das wird gegenwärtig zum Beispiel in Venezuela und Ecuador durchgeführt, natürlich schrittweise. Es bedeutet auch ein Ende der Monokulturen, die Zerstörung der Natur aufgrund der verbreiteten Verwendung von Dünger und Pestiziden. Ich bin kilometerweit durch solche Gebiete, besonders in Kolumbien, gelaufen. Es gibt dort keine Vögel mehr, keine Schmetterlinge und keine Fische in den Flüssen. Die Natur ist vollkommen zerstört, die biologische Vielfalt ist verwüstet worden, nur um Hunderte

von Hektar mit Soja, Ölpalmen, Zuckerrohr, Eukalyptus usw. zu bepflanzen. Das bedeutet auch, dass man die Bestimmungen des Kyoto-Protokolls, sowie die „weiteren Verpflichtungen“, die auf Bali bzw. demnächst in Kopenhagen beschlossen wurden, auch anwenden muss. Um die Zerstörung der Natur zu beschränken muss man Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass die Erderwärmung während des 21. Jahrhunderts nicht um mehr als 1°C steigt – also sehr weitreichende Maßnahmen. Es bedeutet auch, dass externe ökologische Auswirkung in die Berechnung der Kosten der Produktion, zum Beispiel für Biotreibstoffe, einbezogen werden müssen.

Wenn wir dem Nutzwert den Vorrang geben, können wir nicht mehr akzeptieren, dass all das, was unabdingbar für das menschliche Leben ist – Wasser, Saatgut, Gesundheit und Bildung – ökonomisiert wird. Im Rahmen der kapitalistischen Akkumulation werden diese Güter zwangsläufig zu Waren. Hauptsächlich deswegen werden die öffentlichen Sektoren privatisiert. Die offizielle Rechtfertigung lautet, dies sei effizienter. Der wirkliche Grund ist, dass, wenn ein Sektor dem Markt entzogen wird, er keinen Tauschwert mehr hat und keinen Gewinn abwirft, er kann dann nicht zur Kapitalakkumulation beitragen. Solche Logik impliziert auch die Unterdrückung von Steuer-oasen, des Bankgeheimnisses und der „abscheulichen“ Dritt-Welt-Schulden. Dem Nutzwert die Priorität einräumen würde bedeuten, dass Agrarexporte sekundär zur Nahrungssouveränität werden müssten. Brasilien unterstützt als Agrarexporteur die Doha-Vereinbarung, doch was bedeutet das, wenn ein bedeutender Teil der Bevölkerung an Hunger leidet? Eine exportorientierte Wirtschaftsstrategie steigert den Gewinn für die multinationalen Konzernen und die Großgrundbesitzer. Die Lösung heißt: Zuerst Nahrungssicherheit für jedes Land oder jede Region sichern. Danach kann der Handel erfolgen.

Dies bedeutet auch die Regionalisierung von Wirtschaften, nicht nur um gemeinsame Märkte zu stützen, sondern auch als Teil einer neuen Philosophie, wie die der ALBA („Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika“) in Lateinamerika. Hier baut die Re-

gionalisierung nicht auf den Wettbewerb zwischen den Märkten, sondern auf Ergänzung und Solidarität. Die Priorität des Nutzwerts würde auch ein Verbot für jede Art von Spekulation mit Lebensmitteln bedeuten, sowie die Wiederherstellung der öffentlichen Dienstleistungen, nicht nur in der materiellen, sondern auch in der kulturellen Sphäre. Vorzuschlagende konkrete Maßnahmen wären unter anderem:

- > Eine Garantie von mindestens fünf Jahren auf alle Industrieerzeugnisse: Die Logik des Kapitalismus bevorzugt eine kurze Lebenszeit für Produkte, um eine rasche Vermehrung des Kapitals zu sichern. Dies erfordert aber auch den übermäßigen Verbrauch von Energie und Ressourcen.
- > Eine Steuer auf jedes Industrieprodukt, das mehr als tausend Kilometer transportiert wurde: Wir wissen, dass manche Produkte in unseren Supermärkten eine lange Reise hinter sich haben, manchmal mehr als 10.000 oder sogar 12.000 km, bis sie beim Verbraucher ankommen. Dies ist ein irrationaler Verbrauch von Energie, aber es ist im Rahmen des kapitalistischen Systems logisch, da es das Ergebnis einer Arbeitsteilung ist, die versucht, die „komparativen Vorteile“ wie Billiglöhne und fehlende Umweltschutzstandards bestimmter Weltregionen zu nutzen.

Die Schaffung einer Demokratie könnte etwa Maßnahmen wie partizipative Haushaltspläne oder partizipative Entwicklung wie in Venezuela oder in Bolivien umfassen, sowie demokratische Strukturen als Bedingung für die staatliche Anerkennung von sozialen und kulturellen Institutionen. Eine Anerkennungsbedingung wäre dabei auch die Gleichheit zwischen Mann und Frau. Bei der Reform der UNO wäre die Abschaffung des Vetorechts im Sicherheitsrat ein weiteres Beispiel.

Letztlich bedeutet die Multikulturalität eine neue Philosophie des Lebens, z.B. einschließlich der Akzeptanz der Beiträge einheimischer Völker Lateinamerikas und anderer Erdteile. Diese haben etwa auf dem Weltsozialforum in Belem die Vorstellung von „*bien vivir*“ („gut leben“, anstatt mehr zu haben) vorgetragen.

Das würde eine neue Definition des BSP erfordern, ein nach dem ersten Weltkrieg eingeführtes Konzept, das die Logik des Kapitalismus widerspiegelt. Auch qualitative Elemente menschlichen Fortschritts müssten eingeführt werden. Das würde auch ein Ende des Monopols auf Information in den Händen des großen Kapitals und letztlich auch die Abschaffung des Patentsystems für neues wissenschaftliches Wissen bedeuten.

Aufgrund dieser neuen Parameter könnten konkrete Politiken entwickelt werden. Das mag zwar utopisch klingen, doch Utopien können verwirklicht werden. Die Menschheitsgeschichte kennt z.B. die Utopie der Menschenrechte. Sicher, es hat zwei Jahrhunderte gedauert, bis wir die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bekommen haben und sie ist unvollkommen, zu westlich und auch der Manipulation durch politische Kräfte ausgesetzt, die versuchen, ihre Hegemonie einzuführen. Dennoch existiert sie und es ist möglich, sie als Kraft des Fortschritts zu verwenden. Sollten wir nicht die Vorstellung einer Allgemeinen Erklärung der gemeinsamen Güter der Menschheit vorschlagen, die auf den vier oben beschriebenen Prinzipien basieren würden: Nachhaltigkeit und der verantwortungsvolle Verbrauch von Ressourcen, die Priorität des Nutzwerts über den Tauschwert, die verallgemeinerte Demokratie, sowie die Multikulturalität?

Wenn wir diese Vorstellung einer neuen parallelen Erklärung auf die Tagesordnung setzen könnten, so wäre das ein großer Schritt voran. Vielleicht wäre auch dies eine neue Utopie, aber eine, die wirklich ein kleiner Stern in der Menschheitsgeschichte werden könnte.

Hg. Birgit Daiber

**ROSA LUXEMBURG
FOUNDATION
BRUSSELS OFFICE**

Ave. Michel-Ange 11, 1000 Brussels, Belgium

Phone: +32 2 738 7660, Fax: +32 2 738 7669

Email: info@rosalux-europa.info

Web: <http://rosalux-europa.info/>